

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 12: Das Jahr 1921 : 50 Jahre "Schweizer Monatshefte"

Artikel: Die Gründung der "Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur"
Autor: Urner, Klaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162535>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Gründung der «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur»

KLAUS URNER

Der Versuch, die Anfänge der «Schweizer Monatshefte» herauszuarbeiten, wird vor allem durch zwei Hindernisse erschwert. Einmal ist die Quellenlage unbefriedigend und verlangt umständliche Nachforschungen; zum andern – und dies ist nicht von geringerer Bedeutung – haben die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges das Verständnis für jene Epoche, aus der die Monatshefte herausgewachsen sind, gleichsam verschüttet. Es ist nicht ohne Reiz, aus Anlass des fünfzigjährigen Bestehens dieser Zeitschrift sich noch einmal in ihre Gründungszeit zurückzusetzen. Hinzu kommt, dass uns die Geschichte ihrer Entstehung fast ausschliesslich in der Schau von Hans Oehler überliefert ist. Gewiss, ohne seine Initiative und sein tatkräftiges Wirken als Redaktor wäre die geplante Monatsschrift wohl nie verwirklicht worden. Indem er sie aber als seine alleinige Schöpfung und sich selbst als ihren geistigen Vater ansah, blieb jener Personenkreis im dunkeln, ohne den Oehlers Initiative ins Leere gegangen wäre. Als es 1934 zur Trennung von Hans Oehler kam, hatte Theodor Bertheau einer solch einseitigen Darstellung mit folgenden Worten widersprochen: «Auf jeden Fall hat Herr Dr. Oehler die Monatshefte nicht aus sich selbst gezeugt, sondern es bedurfte einer in mehrfacher Hinsicht die Grundlage bildenden Genossenschaft, deren Gründung nicht bloss sein Werk ist, wie es ja selbstverständlich ist, dass Unternehmungen geistiger Natur, wie es die Monatshefte sind, von einer bestimmten Schicht oder einem bestimmten Kreise von Personen getragen werden müssen . . .¹.» Eine Klärung der kontroversen Meinungen auf dokumentarischer Grundlage unterblieb damals. Um so mehr ist es heute gegeben, jene umstrittenen Anfänge zu erhellen, soweit dies die hier zum Teil erstmals verwerteten Unterlagen ermöglichen².

Am 30. Mai 1920 fand in Basel jene Gründungsversammlung statt, auf der die wenig aufschlussreichen «Satzungen der Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur» gutgeheissen wurden³. Durch den Kampf gegen den Beitritt der Schweiz in den Völkerbund wesentlich gefördert, hätte sie kaum zu einem ungünstigeren Zeitpunkt

vorgenommen werden können. Gerade zwei Wochen vorher, am 16. Mai 1920, hatte sich das Schweizervolk nach einer leidenschaftlichen Diskussion für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen. Die Hoffnung, auch eine Annahme würde der Gegenbewegung Auftrieb und damit der geplanten Zeitschrift vermehrten Rückhalt geben, erwies sich zumindest als verfrüht. Der Basler Verleger, der für die Verlagsübernahme schon gewonnen zu sein schien, zog sich unter dem Eindruck des Entscheides vom 16. Mai wieder zurück, und mancher Gleichgesinnte ergab sich in die nun einmal geschaffene Lage. Als Redaktor der neuen Zeitschrift hatte Hans Oehler – wie aus seinem Nachlass andeutungsweise hervorgeht – bereits kurz nach der Gründung mit der Herausgabe der Monatshefte beginnen wollen. Diese erste Nummer, für die die gelieferten Mitarbeiterbeiträge sogar honoriert worden sind, musste unter den genannten Umständen ausbleiben. Erst zehn Monate später, im April 1921 konnte das erste Heft erscheinen und damit den Beginn zu einer kontinuierlichen Verlagstätigkeit setzen.

Die Gründungsversammlung vom 30. Mai 1920

Um die Ursprünge der «Schweizer Monatshefte» aufzuzeigen, ist es notwendig, jene bisher zumeist übergangenen Genossenschaftsmitglieder eingehender kennenzulernen, die vor dem Erscheinen des ersten Heftes dabei waren. Vorerst beschränken wir uns auf die Gründungsversammlung vom 30. Mai 1920, die 21 Mitglieder zählte. Von ihnen zeichneten 16 einen Anteilschein im Mindestbetrag von Fr. 100.—, zwei zahlten das Doppelte ein und drei Genosschafter bezogen Anteile für Fr. 500.—. Zusammen ergab dies ein Startkapital von Fr. 3500.—, das gerade in Anbetracht der Wirtschaftsdepression viel zu klein war. Aber auch die Berufsstruktur der Gründungsteilnehmer zeigt, dass man sich auf einen allzu eng begrenzten Kreis beschränkt hatte. Sie wies – von einer Ausnahme abgesehen – lauter Akademiker auf, darunter acht Professoren und Dozenten, fünf hohe Vertreter des Richterstandes sowie einen Rechtsanwalt, je zwei Instruktionsoffiziere und Redaktoren⁴.

Weit mehr noch als die Berufsstruktur interessieren hier die politischen Vorstellungen der massgebenden Mitglieder, erhellen sich doch erst durch sie die mit der Gründung verbundenen Ziele. 1888 in Aarau geboren, hat Hans Oehler sein Studium in Philosophie, Welt-, Kunst- und Literaturgeschichte mit einer Doktorarbeit über «Trieb und Wille» ein Jahr vor Kriegsausbruch abgeschlossen. Auf diese philosophische Denkschulung ist es zurückzuführen, wenn Oehlers Beiträge trotz ihrer Einseitigkeit beachtliches Niveau hatten und nicht zuletzt ihres programmatischen Charakters wegen zunehmende Beachtung fanden. Zuerst der Kunstkritik verpflichtet,

wandte er sich während der letzten Kriegsjahre immer mehr dem Bereich der kulturpolitischen Journalistik zu. Seinen Vorstellungen zufolge entsprangen die Ideale des vergangenen Zeitalters dem materiellen Lebenswillen. Mit dem Umbruch von 1918 schien ihm jedoch, dass das geistige Lebenselement über den Materialismus siegen werde. Für die neuen Ideale rief er auf, hinabzusteigen bis «zu den Quellen des geistigen Lebens, zum Volkstum». «Gefahr droht uns nur», so schreibt Oehler, «wenn wir selbst verfremden, wenn wir dem Ursprung unserer Kultur untreu, wenn wir Kulturmischlinge werden, wenn unser Blick auf materielles Wohlergehen und nicht darüber hinaus auf geistige Aufgaben gerichtet ist⁵.» Schon in diesem Passus lassen sich zwei Komponenten erkennen, die später für das Denken Oehlers bestimmend wurden: der dem Völkischen entnommene Kulturbegriff und die Verachtung für den als materialistisch verschrienen Liberalismus. Wie sich mehr als zehn Jahre später zeigen wird, sind diese Vorstellungen keineswegs bei allen vorerst anscheinend gleichgesinnten Gründungsmitgliedern massgebend.

Was sie zusammengeführt hat, ist der gemeinsame Kampf gegen die tatsächlichen und vermeintlichen Einflüsse der Entente, gegen eine Bewegung, «die die Zerreißung des geistigen Zusammenhangs zwischen Deutschland und der deutschen Schweiz» zum Ziele zu haben schien⁶. Hier fanden sich die verschiedensten Gruppen, die sich der deutschen Kultur eng verbunden fühlten. Der unnötige Kampf von «Civilisation und Kultur», von dessen Leidenschaft Thomas Mann in den «Betrachtungen eines Unpolitischen» ein so beredtes Zeugnis gegeben hat, trieb auch in der Schweiz diesseits und jenseits des Grabens als unrühmliches Spiegelbild des grossen Krieges sein Unwesen.

Hans Oehler war nicht nur das jüngste unter den Gründungsmitgliedern. Indem er sich mit der Politik erst relativ spät auseinandersetzte, wurden ihm wie jener um über zehn Jahre nach ihm geborenen Generation der Weltkrieg und der Vertrag von Versailles zum bestimmenden Erlebnis. Die Mehrheit der Gründungsmitglieder war hingegen noch vor der Reichsgründung von 1871 geboren worden; wohl die meisten Persönlichkeiten dieses Kreises standen wie etwa Theodor Bertheau noch ganz unter dem Eindruck der Bismarckschen Epoche. Dass die Schweiz unter Führung des Deutschschweizertums während vieler Jahre grössten Wohlstand und Sicherheit genoss, führten sie auf den Reichskanzler als Garanten des europäischen Friedens zurück. Preussische Zucht und Ordnung sowie der preussische Militarismus hatten bei ihnen die Wirkung nicht verfehlt. Andererseits blieb vielen von ihnen der französische Kulturbereich völlig fremd und erfüllte sie mit einem tiefen Misstrauen. Sie fürchteten, dass «eine vernichtende Niederlage Deutschlands den Niedergang der deutschen und damit auch der deutschschweizerischen Kultur zur Folge habe»⁷.

Der «Deutschschweizerische Sprachverein»

Ein Teil der Genossenschaftler hatte sich schon früher in Vereinen betätigt, die in ihrer Zielsetzung manche Ähnlichkeit aufzuweisen hatten. Albert Bachmann, der bekannte Erforscher der schweizerischen Mundarten und langjährige Chefredaktor des *Idiotikons*, Otto von Greyerz, der sich als Universitätslehrer um die Sprache und Literatur der deutschen Schweiz verdient gemacht hat, sowie der Basler Appellationsgerichtspräsident Gerhard Boerlin, Obmann der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz, betätigten sich an führender Stelle im «Deutschschweizerischen Sprachverein»⁸. 1904 von schweizerischen Mitgliedern des «Allgemeinen Deutschen Sprachvereins» gegründet, widmete er sich der Pflege und dem Schutz der deutschen Sprache in der Schweiz. Die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturbereich sollte hier gewahrt werden, wobei die staatliche Einheit der Schweiz – obwohl ihm von gegnerischer Seite dies zuweilen unterstellt wurde – in keiner Weise angetastet wurde.

Wie bot sich nun der Zusammenbruch Deutschlands für den «Deutschschweizerischen Sprachverein» dar? In der Niederlage sah er nicht nur Deutschland und Österreich als Staaten erschüttert; indem er die Stellung des gesamten Deutschtums in der Welt bedroht glaubte, fühlte er sich selbst in Mitleidenschaft gezogen. «Auch wir Deutschschweizer», so meint das Vereinsblatt, «haben den festen Rückhalt für die Geltung unserer Muttersprache verloren.» Und über die Vertragsverhandlungen von Versailles spricht dessen Redaktion die folgende charakteristische Befürchtung aus: «Was geht uns dieser sog. Friede an? Uns? Einen Sprachverein? Einen schweizerischen Verein? Sehr viel. Denn in Paris ist offenbar beraten worden und man glaubt herausgefunden zu haben, wie das *Deutschtum ausgerottet* werden könne. Gemeint ist natürlich nur das Deutschtum im Reich, getroffen aber werden wir auch – wenn's gelingt⁹.» Hier dürfte wohl das Hauptmotiv zu finden sein, das diesen Kreis zum Gegner eines Beitritts der Schweiz zum Völkerbund werden liess. Das Mitteilungsblatt eines Sprachvereins war jedoch nicht das gegebene Forum, um in der Öffentlichkeit für politische oder kulturpolitische Forderungen einzutreten. Um so eher begrüßten daher manche seiner Mitglieder die Gründung einer überparteilichen Monatschrift durch ihre aktive Unterstützung.

Der «Verband der Deutschschweizerischen Gesellschaften»

Zweifellos noch bedeutungsvoller für die Gründung der «Monatshefte» ist der «Verband der Deutschschweizerischen Gesellschaften». 1916 als eine ausgesprochene Erscheinung des kulturpolitischen Konfliktes in der Schweiz

entstanden, besass er zuerst in Basel und bald auch in Bern, Glarus und Zürich Ortsgruppen. In einem Aufruf zum Beitritt wird der Zweck dieser Vereinigung wie folgt umschrieben:

«Wir Deutschschweizer müssen uns zusammenschliessen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, trotz unserer Mehrheit schliesslich ganz ins Hintertreffen zu geraten. Wir dürfen uns den bestimmenden Einfluss auf die Geschicke unseres Landes nicht entwinden lassen! Darum wolle sich jeder Schweizer, der will, dass die Unabhängigkeit unseres Landes aufrecht erhalten bleibe, der Deutschschweizerischen Gesellschaft anschliessen¹⁰.»

Der Verband, der mit über 650 Mitgliedern wohl doppelt so gross wie der «Sprachverein» war, sah sich seiner ausgesprochen politischen Zielsetzung wegen zahlreichen Angriffen ausgesetzt. Die kritische Beurteilung der Auseinandersetzung zwischen der deutschen und welschen Schweiz während des Ersten Weltkrieges könnte nur im Rahmen einer eingehenden Untersuchung erfolgen, soweit sie nicht schon durch die Dissertation von Peter Alemann geleistet wurde¹¹. Für den vorliegenden Zusammenhang ist bedeutsam, dass mit der Niederlage Deutschlands auch das Programm der «Deutschschweizerischen Gesellschaft» für viele ihrer Mitglieder seine Kraft eingebüsst hatte. Hinzu kamen noch innere Meinungsverschiedenheiten über den künftig einzuschlagenden Weg. Was sie noch zusammenhielt, war der gemeinsame Kampf gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. So ist es denn kein Zufall, dass ihr letztes Mitteilungsblatt anfangs Mai 1920 erschien. Zu der hier noch angekündigten Versammlung, die nach der Volksabstimmung vom 16. Mai zur Festlegung der Richtlinien für die weitere Arbeit hätte stattfinden sollen, ist es unter dem Eindruck des Abstimmungsergebnisses offenbar nicht mehr gekommen. Vielleicht war es gerade die Basler Gruppe, die fühlte, dass die «Deutschschweizerische Gesellschaft» kein geeignetes Forum für die Nachkriegszeit bilden konnte. Neben Hans Oehler, Gerhard Boerlin und Heinrich Welti hatte ihr auch Hermann Bächtold angehört; unter diesen Deutschfreunden war der Basler Historiker wohl der profilierteste Kopf. Zusammen mit dem Zürcher Dozenten Christian Beyel, dem durch die Oberstenaffäre bekannt gewordenen Karl Egli und den Professoren Rupe und Rudolf Tschudi, die alle dem aufgelösten Verband angehört hatten, zählten sie mit zu den Gründern der «Monatshefte». Auch gilt es, auf die diesem Kreis gesinnungsmässig nahestehende Wochenschrift «Das Freie Wort» hinzuweisen. Sie erschien in Bern und diente seit 1919 den Völkerbundgegnern als Organ. Ihr Redaktor war Hans Zopfi, während sich Hans Oehler neben seiner Mitarbeit offenbar erfolglos um eine finanziell bessere Grundlage dieses Blattes bemühte¹². Auffälligerweise hat es – wie wir dies schon bei den «Deutschschweizerischen Gesellschaften» beobachtet hatten – die Abstimmung vom 16. Mai 1920 ebenfalls nicht überlebt. Die Absicht, die freigewordenen Kräfte für die geplante Monatsschrift zu gewinnen, bevor sie sich anderswo gebunden hatten, dürf-

ten Hans Oehler sowie die mit ihm den ersten Vorstand bildenden Mitinitianten Gerhard Boerlin und Theodor Bertheau zur übereilten Aktion veranlasst haben. Aus jener Verbindung mit Hans Oehler ist auch verständlich, dass Hans Zopfi während der ersten Zeit regelmässig einen Beitrag für die «Politische Rundschau» der Monatshefte schrieb und einige grössere Aufsätze lieferte.

Politik und Kultur

Zwar wissen wir über die Gründungsversammlung vom 30. Mai 1920 ausser der Genehmigung der Statuten und der Namen ihrer Teilnehmer nichts. In jenem anfangs Mai erschienenen letzten Mitteilungsblatt der «Deutschschweizerischen Gesellschaft» hatte jedoch Hans Oehler einen Artikel «Unsere Aufgabe» veröffentlicht, der sich wie eine Einführung in das geplante Projekt liest und auf die Verbindung «Politik und Kultur» hinweist, die im Titel der Zeitschrift ausgedrückt wird¹³:

«Kaum im Laufe ihrer Geschichte war die Schweiz mehr bedroht, ihren angestammten Charakter eines deutschen Staats- und Kulturgebildes zu verlieren. Heute, wo die französische Ostpolitik den grossen Erfolg der Besitznahme des Elsasses zu verzeichnen hat, und dieselbe durch eine skrupellose Ausrottung der deutschen Sprache und Kultur zu sichern strebt, ist auch für uns Schweizer die Gefahr einer kulturellen Einwelschung mit gleichzeitiger politischer Einbeziehung in den französischen Machtbereich in drohende Nähe gerückt.

Hier also liegen schweizerische Aufgaben vor. Um ein solches Abhängigwerden unserer Politik von der französischen Politik, eine solche Einstellung für fremde Zwecke zu verhindern, müssen wir selbst in die Politik eintreten.»

Vergegenwärtigt man sich, dass die «Deutschschweizerische Gesellschaft» für eine Verlagsgründung zur Herausgabe von einzelnen Druckschriften ein Mindestkapital von Fr. 50000.— als notwendig erachtet hatte, so wird anschaulich, dass ein Budget von Fr. 3500.— zur Herausgabe einer regelmässigen Monatschrift nicht ausreichen konnte. Es musste daher versucht werden, weitere Genossenschafter zu gewinnen. Als Gegner des Völkerbundes hatten schon von Anfang an Altbundesrat Ludwig Forrer, Fritz Rieter und Eugen Curti, der übrigens der Präsident des «Eidgenössischen Komitees gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund» gewesen war, die Monatshefte unterstützt. Vor allem aus diesem Kreis war denn auch weitere Hilfe zu erwarten. Insgesamt vermochten bis zum Erscheinen des ersten Heftes weitere 19 Genossenschafter verpflichtet werden, die zusätzliche Anteilscheine für Fr. 2500.— zeichneten. Dass neben Oberstkorpskommandant Steinbuch der ehemalige Generalstabschef Theophil von Sprecher hinzu gewonnen werden konnte, erwies sich für die Anfänge der Zeitschrift als wertvolle Hilfe. Sein Aufsatz «Einige Bemerkungen über die

heutige militärpolitische Lage der Schweiz» im Heft 4 des ersten Jahrganges verhalf der Zeitschrift, das Eis endgültig zu brechen. Vielleicht ist unter diesen später Hinzugekommenen noch eine kleine Gruppe zu erwähnen, die im Juni und Juli 1920 beigetreten war. Eduard Blocher, Fritz Fick, Edgar Schmid und Alexander von Senger hatten 1915 an führender Stelle zu jenem Kreis gehört, der unter dem Namen «Stimmen im Sturm aus der deutschen Schweiz» eigentliche Kampfschriften herausgab, die durch ihre leidenschaftliche Einseitigkeit grosses Aufsehen erregt und beredten Widerspruch gefunden hatten¹⁴. Die «Stimmen im Sturm», die von Pfarrer Eduard Blocher initiiert worden waren, überdauerten nicht einmal ihr Gründungsjahr; zum grossen Teil fand sich diese Gruppe in der «Deutschschweizerischen Gesellschaft» wieder. Wenn manche Persönlichkeit in mehreren der genannten Vereine mitwirkte, so lag dies in der verwandten Zielsetzung begründet.

«Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz»

Dass die Monatshefte im April 1921 mit ihrem Erscheinen beginnen konnten, ist zum Teil auch der kurz zuvor am 12. März erfolgten Gründung des «Volksbunds für die Unabhängigkeit der Schweiz» zu verdanken. Nachdem die ersten Erfahrungen der schweizerischen Beteiligung am Völkerbund vorlagen, suchten seine Gegner sich neu zu formieren. Aus den früheren kantonalen Komitees gegen den Beitritt zum Völkerbund sollte eine nationale Organisation geschaffen werden, die sich für die Rückgewinnung der absoluten Neutralität einzusetzen hatte. Eine interne Denkschrift, die eine solche Neugründung anregte, führte unter anderem aus¹⁵:

«Vor der Gefahr, starker Beeinflussung von aussen ausgesetzt zu sein, in fremde Händel gezogen und selbst gelegentlich Kriegsschauplatz zu werden, wahren wir uns nur durch aufmerksamstes Verfolgen der Tätigkeit des Völkerbundes und schärfste Aufsicht über die Rolle, die unsere Vertretung dabei spielt. . . . Im Gegensatz zu den Beitrittsfreunden müssen also die Beitrittsgegner bestrebt sein, dass die breite Öffentlichkeit von jeder mit dem Völkerbund zusammenhängenden Tätigkeit Kenntnis erhalte. Sie müssen dafür sorgen, dass man sich überall mit den internationalen Vorgängen beschäftigt und der verpflichtungsgemässen Teilnahme der Schweiz an denselben, weil auf diese Weise die Unvereinbarkeit der gegebenen Versprechungen mit den eingegangenen Bindungen dem Volke zum Bewusstsein kommt.»

Präsident dieses «Volksbundes», der 1923 erfolgreich das Referendum gegen die Abtretung der Genfer Freizonen unterstützte und 1927 eine Initiative gegen die Annahme ausländischer Orden durch Schweizer lancierte, war Eugen Curti. Als Protokollführer jener ersten Sitzung im März 1921 zeichnete Hans Oehler; noch dauerte es drei Monate, bis sich der «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» durch eine öffentliche

Versammlung definitiv konstituierte. Der Umstand, dass gerade die aktivsten Genossenschaftler der «Schweizer Monatshefte» zumeist auch dem «Volksbund» angehörten, hat in der Folge zu der Annahme geführt, dass die beiden Unternehmungen im Grunde genommen identisch seien. Die vorliegende Untersuchung dürfte die bisher unbesehen übernommene Vorstellung insofern ändern, als diese oberflächliche Beurteilung gerade für die Anfänge dieser Zeitschrift nicht zutrifft. Ihre Genossenschaftsmitglieder lassen sich als eine kleine, in sich verwandte Gruppe klar bestimmen. Der «Volksbund» hingegen sprach als eine politische Bewegung weitere Kreise an, die zwar mit seinen aussenpolitischen Zielvorstellungen sympathisierten, die aber eine Verbindung mit kulturpolitischen Aufgaben ablehnten. Diese Trennungslinie, die zu Anfang sehr deutlich gezogen worden ist, lässt sich auch im ersten Jahrgang der Monatshefte selbst feststellen. Die Identität im Teilbereich Politik manifestiert sich etwa in der redaktionellen Vorbemerkung zu einer Kundgebung des «Volksbundes»¹⁶: «Man ersucht uns um Aufnahme nachstehenden Aufrufs. Wir geben dem Gesuch um so lieber Folge, als sich die Bestrebungen des <Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz> in weitestem Masse mit den von den <Monatsheften> auf dem Gebiet der schweizerischen Politik verfolgten Zielen decken.» Die Abgrenzung hatte Hans Zoppi unüberlesbar bereits früher vorgenommen, als er die Leser der Zeitschrift mit den folgenden Worten auf den neuen Bund aufmerksam machte: «Sein Ziel ist ein rein politisches, und deshalb muss sein ganzes Wesen rein politisch sein und bleiben. Er hat von allem Anfang an mit vollem Recht abgelehnt, irgendwelche sprach- oder kulturpolitischen Ziele mitzuverfolgen¹⁷.» Der hier schon erhellte Begriff «Kultur» ist vom «Volksbund» damals bewusst ausgespart worden. Wenn sich auch bald die Bande zwischen jener politischen Vereinigung und dieser Zeitschrift enger gestalteten und die Grenzen allmählich verwischt wurden, dürfen die ursprünglich wesentlichen Unterschiede nicht ignoriert werden. Unter veränderten Umständen gewannen sie wieder an Bedeutung, als in der ersten Hälfte der vierziger Jahre nach jahrelanger Zusammenarbeit die Wege sich trennten.

Das erste Heft

Die Anfänge der Monatshefte begannen höchst bescheiden. Da ein Verleger nicht gefunden werden konnte, übernahm Hans Oehler diese zusätzliche Aufgabe bis zu einer endgültigen Lösung¹⁸. «Ein Buchhändler weihte mich», so erinnert sich Oehler, «notdürftig in die Geheimnisse einer <fest>-, <bedingt>- und <bar>-Faktur ein. Ein Drucker war gegen entsprechende Bezahlung bereit zu drucken. Tisch, Stuhl und Schreibmaschine standen in

meiner Junggesellenbude zur Verfügung. So konnte also die Zeitschrift erscheinen^{19.}»

Das erste Heft veröffentlichte keine spektakulären Aufsätze, die eine grössere Diskussion hätten auslösen können; wenn auch zunächst unscheinbar, enthielt es – fast fünfzig Seiten stark – manches, was das spätere Bild dieser Zeitschrift geprägt hat. Im Hauptteil stellt Jacques Handschin bereits anderswo veröffentlichte Dokumente aus der Geschichte der russischen Aussenpolitik vor, die sich auf die Jahre 1908 bis 1917 beziehen. Seinen Einführungsartikel hat Hans Oehler einer Studie über die schweizerische Neutralität gewidmet. Der deutsche Rechtshistoriker der Berliner Universität, Professor Ulrich Stutz, gelangt mit einer Abhandlung «Die Schweiz in Geschichte und Wissenschaft des deutschen Rechtes» zu Worte, deren zweiter Teil im nächsten Heft abgedruckt wurde. Dem sprachlichen Anliegen der Zeitschrift gibt Arnold Büchli mit einem Beitrag über «Meinrad Lienerts neuer Band Mundartlyrik» Ausdruck. Die «Politische Rundschau» beginnt Hans Zopfi mit einem schweizerischen Überblick. Über die Probleme in Deutschland gibt Rudolf Pechel Auskunft, während Hans Oehler Betrachtungen über «Frankreich vor dem Kriege» hinzufügt. Mit dem Problem «Schule und Öffentlichkeit» befasst sich die Rubrik «Kulturelles». Ein letzter Teil ist den Büchern gewidmet: Hermann Bächtold rezensiert hier in vernichtender Weise die «Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten» von Hermann Freiherrn von Eckardstein.

Eingehendere Aufmerksamkeit verdienen die diesem Hefte zur Einführung vorangestellten Worte. Die Gedanken, denen wir bereits in der einen oder anderen Form begegnet sind, werden hier als Richtschnur für den einzuschlagenden Weg zusammengefasst. Um das künftige Geschick selbst bestimmen zu können, sei die aufmerksamste und genaueste Verfolgung der Vorgänge auf der politischen Weltbühne erforderlich. Hinzu komme die stete Beschäftigung mit den Fragen der schweizerischen Aussenpolitik. Die Erkenntnis des engen Zusammenhanges zwischen der inneren und äusseren Politik gelte es durchzusetzen. Aber auch das kulturelle Leben sei ernststen Gefahren ausgesetzt. Die «Vertrautheit mit der eigenen Vergangenheit und dem Wesen des eigenen Staates und Volkes» müsse vermehrt gewonnen werden, um der allgemeinen Verflachung und Verfremdung des angestammten Volkscharakters entgegenzuwirken. Eine künstliche Zerreissung des «inneren Zusammenhanges zwischen dem deutschen Gesamtkulturreich und unserm deutschschweizerisch-alemannischen Geistesschaffen» würde zur geistigen Unfruchtbarkeit führen. Auf dem Gebiete der Bildung werden «Erziehung und Weltanschauungsgestaltung versuchen müssen, ... an Stelle geistiger Zersplitterung und Haltlosigkeit jene innere Wesenseinheit zu schaffen, die wir als höchste und letzte Offenbarung menschlichen Daseins empfinden»²⁰. Neben den bekannten politischen und kulturellen

Aufgaben kommt – wie dem letzten Passus zu entnehmen ist – offenbar noch eine dritte Funktion hinzu, die ganz Oehlers Intentionen entsprach und die einer vagen Aufbruchstimmung entspringen mochte, deren Ziele noch im unklaren lagen.

Die Aufnahme in der Öffentlichkeit

Die erste Nummer war alles andere als ein Erfolg. Hans Oehler schildert die damalige Situation am besten:

«Schon nach wenigen Tagen hatte ich 20 zahlende Abonnenten. Dazu eine ganze Anzahl ermunternder Zuschriften. . . . Im übrigen war mir in den nachfolgenden Wochen keineswegs immer rosig zu Mut. Lange Zeit brachte der Paketpostträger jeden Morgen einen grossen Sack Hefte zurück, die ich an Interessenten verschickt hatte und von diesen nicht gewünscht wurden. Da ich im dritten Stock wohnte, schüttete der hohe Beamte – was beamtet war, war für mich in jenen Jahren alles <hoch>, darum hätte ich auch nie gewagt zu reklamieren – seinen Sack jeweils kurzerhand auf die Steinplatte vor der Haustüre aus und überliess es mir, die aufgetürmten Hefte unter den – wie mir natürlich schien – höhnischen Blicken der Nachbarn und Hausleute in einem stets bereit gehaltenen Holzkorb in mein <Verlags-Büro> hinaufzutragen²¹.»

Recht unterschiedlich war denn auch die Aufnahme in der Öffentlichkeit. Vor allem die dem Volksbundkreise nahestehende «Züricher Post» empfahl das Werk «der ernsthaften Beachtung weitester Kreise» und begrüßte die neue Zeitschrift, weil sie eine seit langem empfundene Lücke in der schweizerischen Publizistik ausfülle²². Diese wohlwollende Beurteilung bildete jedoch die Minderheit. Sofern die Neugründung nicht geradezu übergegangen wurde, dürfte eine zurückhaltende Skepsis vorgeherrscht haben. Bezeichnend für diese Einstellung ist der lakonische Kommentar der «National-Zeitung», die insbesondere im Hinblick auf die kulturpolitische Aufgabenstellung meinte: «Inwieweit zur Verfolgung gerade dieser Ziele zu unsern vielen andern Zeitschriften, die Mühe haben zu leben, noch eine neue nötig war, wird ihre Entwicklung zeigen müssen²³.» Die «Tribune de Genève» sprach gar von einem «Wiedererscheinen der pangermanistischen Stimmen im Sturm», eine Meldung, die in offenbar noch verdrehter Weise im Amsterdamer «Telegraaf» und in der Londoner «Times» ihren Niederschlag fand. Hans Oehler gab sich jedoch betont optimistisch, obwohl auch den beiden folgenden Heften die erhoffte Wirksamkeit abging. Immerhin doppelte nun die «Züricher Post» nach, indem sie der neuen Zeitschrift mehr als eine Spalte widmete. Vor allem trat sie der laut gewordenen Kritik entgegen²⁴:

«Es handelt sich bei dieser Zeitschrift nicht darum, den vorhandenen Zeitschriften politischer oder kultureller Art eine neue anzufügen. . . . Die Dinge liegen indes so, dass viele politisch interessierte Schweizerbürger seit Jahren schmerzlich eine Zeitschrift ver-

missen, deren Sorge es ist, für die politische Bereicherung und Vertiefung unseres Lebens einzustehen, politische Tagesfragen losgelöst vom Lärm des Tages in ruhiger Sachlichkeit abzuwägen und auf ihren innern Wert hin zu prüfen; eine Zeitschrift also, wie sie dem politisch Gebildeten und Interessierten unentbehrlich ist. Gewiss haben einzelne schweizerische Zeitschriften den Versuch ebenfalls unternommen, aber kaum nach Willen und dem Sinn jener schweizerischen Kreise, deren politischer Wille untrennbar mit der Aufrechterhaltung einer strengen, nicht differenzierten Neutralität verbunden ist.»

Dass sich die Aufgaben der Monatsschrift nicht in der Politik erschöpfen, wurde zwar erwähnt; es fällt jedoch auf, dass die Kulturfragen am wenigsten Anklang fanden. Nachdem sich der «Volksbund» im Juni 1921 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, erhielten auch die Monatshefte erneuten Auftrieb. Selbst der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, machte sie zum Gegenstand eines Berichtes nach Berlin, wobei seine Hauptquellen zum Teil ungenaue Zeitungsberichte gewesen sein dürften. Die «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur» stellte er daher als das Organ des Volksbundes vor, fügte jedoch bemerkenswerterweise hinzu: «Ausserdem stehen hinter dieser Gründung, die zunächst auf zwei Jahre gesichert sein soll, die Kreise der Deutsch-Schweizerischen Gesellschaft. Redaktor ist Dr. Hans Oehler, der seinerzeit an der eingegangenen Wochenschrift «Das Freie Wort», die ähnliche Tendenzen verfolgte, tätig war²⁵.»

Durchbruch – dank prominenter Mitarbeiter

Nachdem die beiden ersten Hefte nur eine bescheidene Wirkung erzielt hatten, gelang Hans Oehler der Durchbruch gleichsam mit einem Kunstgriff. In der «Revue Militaire Suisse» hatte Oberst Feyler einen Aufsatz über die strategische Situation der Schweiz nach dem Völkerbundsbeitritt veröffentlicht, dessen Schlussfolgerungen vor allem in der deutschsprachigen Schweiz Widerspruch erregten²⁶. Oehler publizierte nun Auszüge dieser Abhandlung in wörtlicher Übersetzung und stellte ihnen als Einführung einige anerkennende Worte voran.

Dieses Vorgehen wirkte auf den eigenen Leserkreis als Provokation; Andreas Heusler erklärte sein Befremden schriftlich²⁷. Hans Oehler bat nun den ehemaligen Generalstabschef Theophil von Sprecher, seine Ansicht über die militärischen Folgen in den «Monatsheften» darzulegen, die sich aus der differenziellen Neutralität ergaben. Dass sich von Sprecher dazu bewegen liess, war ein grosser Erfolg. Oberst Feyler hatte zwei Fälle einer Bereitstellung im Verteidigungsfalle vorgeschlagen. Sollte der Völkerbund nicht beteiligt sein, so wären die Kräfte im neutralen Aufmarsch mit gleichmässiger Front nach allen Seiten aufzustellen; nimmt der Völkerbund jedoch am Krieg teil, so würde sich der Aufmarsch ausgesprochenermassen nach der Seite der Völkerbunds-Gegner zu richten haben. Die Lage schien

sich somit vereinfacht zu haben. Ganz anders lautete das Urteil von Sprechers: «Was jetzt von einzelnen Grossmächten gesät worden ist, das ist Kriegssaat, die sicherlich über kurz oder lang aufgehen wird und kein Mensch vermag uns zu sagen, wie es dann um uns herum aussehen und wie es um unsre Freundschaften bestellt sein wird.» Die Unsicherheit der europäischen Lage mache sie gefährlicher. Eine Stärkung der militärischen Leistungsfähigkeit hielt daher der Verfasser für erforderlich. Überdies hielt er die gleichmässige Verteilung der Kräfte nach allen Seiten für verfehlt. Den Verschiedenheiten der Gefährdung der einzelnen Fronten müsse schon beim ersten Aufmarsch Rechnung getragen werden. Seiner Zeit weit voraus geeilt ist von Sprecher mit dem Vorschlag: «Zu erwägen aber ist sodann jedenfalls noch die Frage, ob sich nicht als Grundlage aller Aufmärsche eine vorläufige Bereitstellung der Truppen empfehlen würde, aus der sie rasch und mit Leichtigkeit in jeden definitiven Aufmarsch übergeführt werden könnten²⁸.» Durch die grosse Beachtung, die dieser Aufsatz fand, rückten die Monatshefte vorübergehend ins Zentrum der Diskussion. Im Oktoberheft 1921 nahm General Ulrich Wille seinerseits den Faden wieder auf und setzte sich in seinem nicht ohne Leidenschaft geschriebenen Artikel «Die Bedeutung unserer Wehrkraft» dafür ein, dass «die Erreichung des höchsten Grades der Wehrkraft als oberste Staatsaufgabe» angesehen werde²⁹. Im Hinblick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen im Parlament hatte der General nicht ohne Erfolg beabsichtigt, dass seine Auffassung in der Öffentlichkeit gehört werde. Einen ungewöhnlichen Beitrag enthielt auch die folgende Nummer: die Aufzeichnung des verstorbenen Bundesrates Eduard Müller über seinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919. Durch die nach dem Sieg der Entente veränderte Lage in Misskredit geraten, hatte der als deutschfreundlich umstrittene langjährige Bundesrat auf das bevorstehende Präsidium zugunsten von Bundesrat Ador verzichten müssen. Nachdem die Darstellung Müllers in der Presse als das Bild eines verärgerten und gekränkten Mannes abgetan worden war, rief General Wille im Dezemberheft dazu auf, aus dem Fall Müller zu lernen, «dass die während dem Krieg uns aufgezwungene Gewohnheit, uns vor dem Mächtigen zu ducken, und bei diesen die Gewohnheit, uns schlecht zu behandeln, aufhören muss»³⁰. Im gleichen Heft begann auch der Abdruck von Auszügen aus den Lebenserinnerungen von Bundesrat Simon Bavier, der sich bis zur Juninummer 1922 fortsetzte. Theophil von Sprecher hatte diese Aufzeichnungen seines Schwiegervaters den Monatsheften zur Verfügung gestellt³¹.

Es war nicht mehr zu bestreiten; die Zeitschrift hatte die Anfangsschwierigkeiten weitgehend überwunden. Über die zukünftige Gestaltung gab es selbst unter den Mitarbeitern gelegentlich verschiedene Auffassungen. Am 1. Dezember 1921 legte General Wille seine Vorstellungen über die neue

Zeitschrift in einem Brief an Hans Oehler dar, der sowohl für die Geschichte der «Schweizer Monatshefte» als auch für die damalige Einstellung des Generals von gleichem Interesse ist³²:

«Wie Sie die Schriftleitung dieser Zeitschrift auffassen und betreiben, ist dieselbe eine gediegene vornehme Zeitschrift, die sich in den literarischen Kreisen, überhaupt bei den Gebildeten Ansehen und Beliebtheit erobern kann. – Aber das war nicht der Gründungszweck und darf erst erstrebt werden, wenn der Gründungszweck erreicht ist. Dieser ist, den Bestrebungen für Erhaltung unserer, nicht bloss bedrohten, sondern stark schon ins Wanken gekommenen Unabhängigkeit zu dienen. Hierüber brauchen die Intellektuellen nicht belehrt zu werden, sowohl diejenigen, die es bekümmert, wie diejenigen, die es aus selbstischen wie andern verächtlichen Ursachen fördern, wissen es ganz genau. Die ersteren dagegen aufzuregen hat gar keinen Zweck, denn es liegt in der Wesensart dieser hochachtbaren Leute, dass sie zu kraftvollem Handeln gegen das, was sie als der Allgemeinheit verderblich erkannt haben, nicht aufgeregt werden können und die anderen werden erst davon aufgeregt, wenn sie die Wirkung (auf die öffentliche Meinung) der Bekämpfung der von ihnen verschuldeten Zustände am Horizont aufsteigen sehen. Dann machen sie blöde Versuche, sich zu bessern; Tocqueville sagt: der schwächste Moment einer schlechten Regierung ist der, wo sie anfängt sich zu bessern!

Die Wirkung auf die öffentliche Meinung ist aber nicht zu erreichen – oder nur schwer und langsam zu erreichen – durch allgemeine Betrachtungen, auch wenn sie von unantastbarer Richtigkeit sind, sondern dadurch, dass jeder neue Vorfall mit kräftigen Schlägen an die grosse Glocke gehängt und dabei an alles Frühere erinnert wird und die Sache austönt mit einem *«Quo usque tandem Catilina abutere patientia nostra»*.

Die Monatsschrift muss eine Kampfschrift sein, dabei kann sie doch sehr vornehm gehalten sein und dadurch davor geschützt, dass sie unter die Scandalblättchen herabsinkt. Gerade dadurch, dass sie ein vornehmes Blatt bleibt und dafür gediegene, nicht polemische Artikel bringt, werden ihre Angriffe gegen die Missstände in ihrer Wirkung erhöht.»

Nicht zuletzt aus verlegerischen Gründen wäre es wohl verlockender gewesen, die Monatsschrift zu einem politischen Kampforgan auszubauen. Neben den vorwiegend aussenpolitischen Fragen wandte sie sich im Laufe der zwanziger Jahre zwar zunehmend auch der Innenpolitik zu. Ebenso scheute sie nicht die ausgesprochene Stellungnahme zu politischen Gegenwartsfragen. Grundsätzlich aber hielt sie an ihrer ursprünglichen Konzeption fest: eine überparteiliche Zeitschrift zu sein, die über die politischen Probleme ebenso wie über die kulturelle Eigenständigkeit und Verbundenheit innerhalb des deutschen Sprachraumes sachkundigen Aufschluss zu vermitteln strebte.

Für mündliche Mitteilung sowie für die zur Verfügungstellung von Unterlagen möchte der Verfasser den Familien Prof. M. Ammann-Hemmeler, Aarau, Dr. Karl Bertheau, Künsnacht, Pfr. W. Blocher, Wald, Dr. M. Boerlin, Riehen, Pfr. Heck-Rieter, Hirzel, und Dr. M. Oehler, Dielsdorf, seinen herzlichen Dank aussprechen.

¹Theodor Bertheau, «Zu unserem neuen Jahrgang», in: Schweizer Monatshefte, 14. Jg., Heft 1 (April 1934), S. 1–4. – ²Insbesondere der Nachlass von Hans Oehler sowie Akten des «Deutschschweizerischen Sprachvereins», des «Verbandes der Deutschschweizerischen Gesellschaften» sowie der «Stimmen im Sturm» vermittelten wertvolle Hinweise. – ³Die Satzungen vom 30. Mai 1920 befinden sich bei den Akten der Redaktion. – ⁴Unter den spärlichen Unterlagen des Redaktionsarchives vermittelt das «Genossenschafts-Heft» die besten Aufschlüsse. – ⁵Hans Oehler, «Das grössere Vaterland», in: St. Galler Tagblatt, 13., 17. und 19. Dez. 1918. – ⁶Schweizerische Monatshefte, 1. Jg., Heft 1 (April 1921), S. 1f.: «Zur Einführung.» – ⁷Hans Zopfi, Theodor Bertheau †. Ein Nachruf. Sonderdruck, Zürich 1945. – ⁸Vgl. die Jubiläumsschrift: «Sprache, Sprachgeschichte, Sprachpflege in der deutschen Schweiz. Sechzig Jahre Deutschschweizerischer Sprachverein», hg. v. d. Geschäftsstelle des Deutschschweizerischen Sprachvereins, Zürich 1964. – ⁹A. Steiger, «Zum dritten Jahrgang», in: Mitteilungen des Deutschschweizerischen Sprachvereins, 3. Jg., Nr. 1/2, Jan. 1919; «Was geht uns dieser sog. Friede an?», a. a. O., Nr. 5/6, Mai 1919. – ¹⁰Aufruf zum Beitritt, Juli 1917, aus: Akten betr. «Deutschschweizerische Gesellschaft», denen auch die weiteren einschlägigen Angaben entnommen wurden. – ¹¹Peter Alemann, Die Schweiz und die Verletzung der belgischen Neutralität im Weltkrieg 1914, Buenos Aires o. D. – ¹²Vgl. Briefwechsel Hans Oehler – Hektor Ammann 1919/21, in: Akten Hektor Ammann. – ¹³Hans Oehler, «Unsere Aufgabe», in: Mitteilungen der Deutschschweizerischen Gesellschaft, Nr. 20 vom Mai 1920. Nicht weniger bedeutsam ist die Denkschrift «Zur Einführung», die wohl Hans Oehler verfasst hat (Bestand Pfr. W. Blocher). – ¹⁴Vgl. Akten «Stimmen im Sturm», Febr.–Sept. 1915; aus dem Nachlass v. Pfr. Eduard Blocher-Wigand. – ¹⁵«Denkschrift», o. O., o. D.; AGZ, Nachlass Dr. Hans Oehler. – ¹⁶Aufruf des

Volksbunds für die Unabhängigkeit der Schweiz, in: Schweizerische Monatshefte, 1. Jg., Heft 7 (Okt. 1921), S. 329f. – ¹⁷A. a. O., 1. Jg., Heft 3 (Juni 1921), S. 128. – ¹⁸Folgt man der Darstellung von Hans Oehler, so hatte er mit der selbständigen Herausgabe der ersten Hefte eigentlich auch bereits die Rolle des Verlegers übernommen – eine Rolle, die ihm mangels Ersatzes verblieb. In diesem Umstand sah Oehler «den äusseren Anstoss zur inneren Entfremdung», die später zur Trennung führen sollte. Vgl. Nationale Hefte, 1. Jg., Heft 2 (Mai 1934), S. 68, sowie den «Anstellungs-Vertrag» v. 19. Mai 1933, Redaktionsarchiv. – ¹⁹Hans Oehler, «Geschichte einer Zeitschrift / Ein Stück Zeitgeschichte» in: Nationale Hefte, 1. Jg., Heft 2 (Mai 1934), S. 65–77. Heft 1–6 des 1. Jg. wurden bei Gasser & Co. in Basel gedruckt. Mit der Übersiedlung der Redaktion nach Zürich im Oktober 1921 erfolgte der Druck durch die Buchdruckerei zur Alten Universität Zürich. Die Übergabe von Druck und Inseratbesorgung an die Gebr. Leemann & Co. AG wurde mit dem Vertrag vom 6. Juli 1923 vorgenommen. 1920 nicht zustandegekommen ist die Verlagsübernahme durch die «Basler Bücherstube, Kobers Buch- und Kunsthandlung A.-G.». – ²⁰Vgl. Anm. 6. – ²¹Nationale Hefte, 1. Jg., Heft 2 (Mai 1934), S. 67. – ²²Züricher Post, Nr. 99, 29. April 1921. Die neue Zeitschrift wurde offenbar von der nicht bürgerlichen Presse überhaupt nicht bemerkt, während sie von anderen Zeitungen wie der NZZ vorerst anscheinend totgeschwiegen wurde. – ²³National-Zeitung, Nr. 195, 28. April 1921. Vgl. auch: «Unsere Aufnahme in der Öffentlichkeit», 1. Jg., Heft 2 (Mai 1921), S. 96. Das von Hans Oehler hier gezeichnete Bild trägt durch seinen Optimismus. – ²⁴Züricher Post, Nr. 127, 3. Juni 1921. – ²⁵Dt. Gesandtschaft Bern an AA, Bericht v. 7. Juni 1921, gez. Adolf Müller, in: Akten betr. innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 1 1920/21, Abt. IIa Politik 5 Schweiz, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Müller irrt sich allerdings; Oehler war Mitarbeiter, aber nicht Redaktor an

der Wochenschrift «Das Freie Wort». – ²⁶F. Feyler, «La Suisse stratégique dans la Société des Nations», in: *Revue Militaire Suisse*, Nr. 3 u. 4, März/April 1921. – ²⁷«Vermutlich bin ich nicht der einzige Ihrer Leser, der befremdet war, dass solche Äusserungen unter dem Schutze der genannten Vorbemerkung in Ihrem Blatte erschienen.» Andreas Heusler an Oehler, Brief vom 2. Juli 1921, AGZ, Nachlass Oehler. – ²⁸Theophil von Sprecher, «Einige Bemerkungen über die heutige militärpolitische Lage der Schweiz», *Schweizerische Monatshefte*, 1. Jg., Heft 4 (Juli 1921), S. 145–151. – ²⁹Ulrich Wille, «Die

Bedeutung unserer Wehrkraft», a. a. O., 1. Jg., Heft 7 (Oktober 1921), S. 289–295. – ³⁰Eduard Müller, «Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919», a. a. O., 1. Jg., Heft 8 (Nov. 1921), S. 337–343. Die Notiz ist datiert vom 25. 12. 1918. Ulrich Wille, «Die hinterlassenen Aufzeichnungen von Bundesrat Müller und die Wahrung unserer Unabhängigkeit», a. a. O., 1. Jg., Heft 9 (Dez. 1921), S. 385–389. – ³¹Vgl. Briefwechsel Theophil von Sprecher – Hans Oehler, 1920/27, AGZ, Nachlass Oehler. – ³²General Ulrich Wille an Hans Oehler, Brief v. 1. 12. 1921, AGZ, Nachlass Oehler.

Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Unterlagen dem Archiv der Arbeitsgruppe für Zeitgeschichte, Zürich (AGZ), entnommen.

Nach einem halben Jahrhundert

ERICH BROCK

Die Rückbesinnung auf die vor fünfzig Jahren erfolgte Gründung der «Schweizer Monatshefte» gibt Anlass, sich die damalige Zeitlage in der Schweiz heraufzurufen, aus welcher die Zeitschrift herauswuchs. Die Gründung war vorwiegend ein *politischer* Akt und auch bewusst als solcher gedacht. Das traf in gut schweizerische Überlieferung. Wie bis auf den Grund dieses Volk leidenschaftlich politisiert ist, wurde mir erst ganz klar, als ich kürzlich das umfangreiche Buch von Emil Spiess über Troxler las (Francke-Verlag, Bern), das gerade durch seinen breiten Hinabstieg in den Kampf aller gegen alle bis in die kleinsten Zeitungen, Flugschriften, persönliche Intrigen einen unübertrefflichen Querschnitt durch den politischen Alltag jener Zeit gibt.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war in der deutschen Schweiz aussenpolitisch höchst erregt. Während die welsche Schweiz sich zu Kriegsbeginn geschlossen für die westliche Kriegspartei moralisch eingesetzt hatte und dabei auch weiterhin wanklos verharrte, waren die Sympathien der deut-